Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 5 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Verstaatlichung des Grund und Bodens.

Belanntlich liebt es Fürst Bismarck in seinen parlamentarischen Reden, den Hörern vielfach Ueberraschungen zu bereiten.

So proklamirte er seiner Zeit im Reichstage das „Recht auf Arbeit“ und viele Unkundige glaubten, daß nunmehr eine soziale Reform in großem Style angebahnt werde würde.

Die Kundigen allerdings verhielten sich der Gelegenheit zur Proklamation gegenüber sehr kühl und gaben keinen „Beifall“ dafür.

Sie wollten Recht behalten. Bald schon deuteten offizielle Blätter den Ausspruch des Reichskanzlers dahin, daß das allgemeine preussische Landrecht ja schon ein solches Recht auf Arbeit verleihe und in der That Landarmenanstalten diese Arbeit den Arbeitlosen auch gewährten.

Doch Fürst Bismarck dementirte seinen Ausspruch im Reichstage selbst, indem er in schroffster Weise die Forderung eines Maximalarbeitstages bekämpfte. Wenn aber irgend ein Mittel geeignet ist, das „Recht auf Arbeit“ anzubahnen, so ist es sicher der gesetzlich normirte Maximalarbeitstag.

Borgstern nun, bei der Polendebatte im preussischen Abgeordnetenhaus, hatte Fürst Bismarck wieder einmal seine originellen Gedanken, den er auch recht drastisch auszusprechen liebte.

Um die Polenbewegung in Polen und Westpreußen zu unterdrücken, stellte er eventuell in Aussicht, die Güter des polnischen Adels zu expropriiren und Deutsche zu verpachten. Der preussische Staat würde Mittel leicht dazu aufbringen und wahrscheinlich noch Gewinnschaft dabei machen.

Dieser Gedanke sei gar nicht so ungeheuerlich, wie er dem ersten Blick erscheine. Wenn man beim Eisenbahnbau expropriire und die Ruhe des Kirchhofs oder die Ruhe der Häuslichkeit störe, wenn man, wie in Hamburg die Belagerung der Bollgrenze ganze Stadtviertel expropriire und niederreiße, um einen Hafen anzulegen, so gelte das auch nicht ungeheuerlich, deshalb könne ein Staat um seiner Ruhe und Ruhe willen getrostes Muthes auch die Güter des polnischen Adels expropriiren und den dortigen Grund und Boden verstaatlichen.

Für uns liegt in dem Prinzip der Verstaatlichung von Grund und Boden an sich auch gar nichts Ungeheuerliches. Wir sind schon mehrfach dafür eingetreten. Uebrigens ist auch eine größere Anzahl von nicht sozialistischen Volkswirthen und Nationalliberalen auf diesem Standpunkte. Sogar die „Kölnische Zeitung“ hat sich schon für die Verstaatlichung des Forstes ausgesprochen.

Wenn nun aber der preussische Staat wirklich der

Ruhe und Sicherheit des Landes wegen die Güter des polnischen Adels expropriiren würde, wie sähe es denn aus, wenn der Staat oder das Reich zur Ruhe, zur Sicherheit und zum Segen der Gesellschaft, des Gesamtvolkes sämtliche abligen Güter im Reich expropriirte und nicht nur die abligen Güter, sondern den gesammten Grundbesitz?

Wenn man die Ausführungen des Fürsten Bismarck mit Aufmerksamkeit liest, so muß man daraus folgern, daß in einer solchen Gesamtexpropriation auch nichts Ungeheuerliches liegt. Denn solche Expropriation brauchte ja nicht auf einmal zu geschehen, sondern nach und nach. Erst die polnischen Adelsgüter, dann die Adelsgüter in Ostpreußen, Pommern und Brandenburg u. s. w.!

Daß in solchen Expropriationen die Anfänge zur völligen Umänderung der heutigen Gesellschaftszustände liegen, das ist allerdings selbstverständlich. Und wenn Fürst Bismarck in der That mit seinem Expropriationsvorschlag ernst machen würde, so — wir wagen die Gedanken, die uns aufsteigen, kaum weiter zu denken, viel weniger niederzuschreiben.

Doch fort mit dem Gespöß! Das belannte Sprüchwort: „Es wird nichts so heiß gegessen wie gelocht“, wird jeden ehrsamem Staats- und Reichsbürger schon beruhigen. Auch die pommerischen und selbst die polnischen Rittergutsbesitzer können dreist ihren Rum und Rothwein in Ruhe weiter trinken.

Die Expropriationsgedanken des Fürsten Bismarck werden ebenso rasch verstiegen, wie sein Wort vom „Recht auf Arbeit“.

Worte und Gedanken sind eben keine Thaten.

Politische Uebersicht.

Mit welchen Hoffnungen sich die Regierungsparteien im Abgeordnetenhaus in Bezug auf die Maßnahmen gegen die Polen tragen, ergibt sich aus der rückhaltlosen Zustimmung, mit welcher die freikonservative „Post“ einen Artikel des Herrn v. Randow aus dem neuesten Heft des Schmoller'schen Jahrbuchs für Gesetzgebung zum Ausdruck bringt. Wenn die Regierung, heißt es daselbst, mit voller Aufrichtigkeit, Klarheit und Energie vor den preussischen Landtag tritt, und die schwerwiegenden und unaussprechlichen Folgen darlegt, welche aus einer Nichtbeachtung ihrer Forderung hervorgehen würden, so wird ein Dotationsfonds zum Schutze der deutschen Interessen im Osten wohl nicht verweigert werden. Daß sich im Abgeordnetenhaus trotz der Herrschaft der Konservativen und Nationalliberalen eine Majorität für einen solchen, die Rahmlegung des Parlamentes herbeiführenden Antrag finden würde, glaubt die nationalliberale „Weser-Zig.“ bezweifeln zu müssen.

Barnelliten und Polen. Die offizielle „Nordd. Allg. Zig.“ gestiel sich vor einigen Tagen darin, einen Vergleich

zwischen Barnelliten und Polen anzustellen. Anlaß dazu bot ihr eine Rede des konservativen Herzogs von Westmünster gegen die Bestrebungen der Irländer. Nach dem „Times“ soll sich der Herzog folgendermaßen geäußert haben:

„Ich wünsche für einen Augenblick einen streitigen Punkt zu berühren, welcher mit jener Frage in Verbindung steht, die unsern Horizont verdüstert und die Gedanken so vieler Leute heute abfordert, nämlich den Zustand Irlands. Was finden wir dort? Eine Gesellschaft von Leuten, Barnelliten genannt, die über das Volk jenes betrogenen (betrogenen ist gut!) unglücklichen Landes eine absolute Gewalt erlangt haben. Sie haben, glaube ich, diese Stellung erworben mit Hilfe der größten Grausamkeit und der äußersten Erpressung, durch Geld, welches sie aus den Taschen Derjenigen genommen haben, welche es nur schwer hergeben konnten, d. h. durch Mord und Mord, und, zu ihrer Schande sei es gesagt, unterstützt von einigen Mitgliedern der Priesterschaft der römisch-katholischen Kirche. Ihre Stellung ist die folgende: Sie wollen, daß sie Irland vom Königreich England trennen; sie wissen — denn sie sind nicht solche Narren, daß sie es nicht wissen könnten — daß das ein Ziel ist, welches sie nie erreichen werden und nie erreichen können. Mit Gottes Hilfe und Dank unserm rechten Arm, welcher der Himmel weiß, es, stark genug ist, werden sie es niemals erreichen.“

Dazu bemerkte die „Norddeutsche“: „Man braucht in die Ausführungen des Herzogs von Westmünster statt des Wortes „Barnelliten“ nur zu setzen „Polen“, und sie passen auf unsere Verhältnisse eben so gut, wie auf die Verhältnisse jenseits des Kanals. In der That die Stellung der polnischen Bojars und zu Preußen ist genau dieselbe, wie die der Barnelliten zu England. Die Analogie geht soweit, daß sowohl hier wie dort diese staatsfeindlichen Bestrebungen eine eifrige Unterstützung in gewissen ultramontanen Priesterkreisen und seitens des Radikalismus finden. Nur insofern ist unsere Lage noch gefährlicher, als in Deutschland auch die Sozialdemokraten und die weltlichen, französischen und dänischen Elemente den Polen Culturschutze gewähren, weil sie mit denselben ein gemeinsames Ziel haben — die Vernichtung des wiedererrichteten Reiches.“

So die „Nordd. Allg. Zig.“

Das war vor einigen Tagen. Die stolzen Worte des Herzogs sind aber kaum verklungen, und schon liegt uns der Telegraph die Kunde von dem Fall des Ministeriums Salisbury, welches streben den Krieg gegen die irischen Forderungen beginnen wollte. Und — last not least — Barnell soll sogar Minister in dem neuen Cabinet Gladstone werden, wenn er will! Gladstone aber hat sich bereits dahin ausgesprochen, daß den Irländern eine Art Selbstregierung gewährt werden soll, mitbin sind die Barnelliten dem Ziel ihrer Wünsche so nahe gerückt, wie sie es wohl noch niemals waren. Wir wissen nun wohl, daß Barnell nicht der Mann ist, dem die Irländer auf die Dauer ihr Vertrauen entgegen bringen werden, aber für den Augenblick bedrückt derselbe die Situation. Der „interessante“ Vergleich des offiziellen Blattes war daher recht schlecht gewählt und der „geistreiche“ Schöpfer desselben dürfte schwerlich die übliche Anerkennung seiner Hintermänner finden.

und nieder zu gehen. Er sah in eine glänzende Perspektive, in ungewohnter Art war er in den Besitz eines für ihn wichtigen Geheimnisses gelangt. Die Wichtigkeit der Sache bedachte sich für ihn mit der Entrügligkeit, er wußte nur nicht, wie er die Sache für sich ausnützen sollte. Vor einem gewöhnlichen Erpressungsversuch schreckte er zurück, er fürchtete nicht ganz mit Unrecht, mit den Gerichten in Konflikt zu geraten, und das wollte er unter keinen Umständen. Er mußte unbedingt ein Mittel finden, aus den ihm bekannten Lebenslagen soviel wie möglich herauszuschlagen, aber ohne Gefahr für sich selbst.

Seine Frau verfolgte alle seinen Bewegungen mit spöttischen Blicken, sie wußte genau, daß, wenn sie die erforderliche Geduld bewachte, ihr Mann ihr ganz von selbst Alles mittheilen würde, was sie zu erfahren wünschte.

„Es ist wirklich zum Berrücktworden“, sagte er endlich, „und Du kannst mir glauben, daß sich manche Leute, die aber immense Reichthümer verfügen, Sachen erlauben, vor denen unser Einer denn doch zurückschauern würde. Ich bin doch wahrhaftig nicht lächlich, aber das thue ich doch nicht. Und wenn ich auch wüßte, daß mich keine Polizei der Welt erwischen könnte, eine Spur von Ehre, wenigstens von natürlichem Gefühl, sollte doch jeder Mensch haben.“

„Nun, allzureichlich ist diese Spur bei Dir doch auch nicht bemessen“, warf seine Frau ein.

„Das kannst Du nicht wissen“, entgegnete er heftig, „wir haben niemals Kinder gehabt, aber wenn wir mit solchen begünstigt gewesen wären, so würde ich mich ihnen gegenüber stets als Vater benommen haben. Ich hätte mich wenigstens nicht damit begnügt, Kinder in die Welt zu setzen, um mich dann garnicht mehr um dieselben zu kümmern.“

Mutter Weber erwiderte nichts, sie sah, daß ihr Mann auf dem besten Wege war, jetzt sein Geheimniß auszulaubern.

„Mich soll es nun freilich wenig kümmern“, fuhr der Direktor fort, „ich sehe zu, wie ich mich am besten bei der Sache stehe. Wenn es mir in den Sinn kommt, führe ich ihm seine beiden Nachkommen zu, er wird wahrscheinlich ein etwas erstauntes Gesicht machen.“

„Der Junge hat noch eine Schwester, von deren Existenz ich bis jetzt allerdings keine Ahnung hatte.“

„Kennst Du die Schwester?“

„Zarwohl.“

„Sei doch nicht so verschlossen“, brauste die Frau auf, „entweder Du sagst mir Alles, oder behalte überhaupt Deine Geheimnisse für Dich. Wahrscheinlich wolltest Du doch von mir einen Rath haben, sonst hättest Du mir doch jedenfalls nichts gesagt. Ich kann Dir natürlich nichts rathe, wenn ich nicht Alles weiß.“

Der Direktor antwortete nicht sogleich, er drehte sich an den Fingern, daß dieselben krachten. Es war das immer ein Zeichen, daß er in tiefes Nachdenken versunken war.

„Es ist eine heikle Geschichte“, sagte er schließlich mehr zu sich selbst, als zu seiner Frau, „man hat schon Beispiele genug gehabt, daß arme Teufel wie ich einen gemaligen Nasenstüber erhalten haben, wenn sie sich mit solchen vornehmen und reichen Herren auf eine zweifelhafte Geschichte einließen. Statt in ein sorgenfreies Leben kann man nur allzuleicht nach Plödenssee wandern, denn Recht zu erhalten unter den heutigen Verhältnissen ist für unser Einen beinahe unmöglich.“

„Wenn Du Recht hast, wirst Du schon Recht bekommen“, bemerkte seine Frau weise.

„Es ist ein wahres Glück, daß das Schießpulver schon erfunden ist“, rief der Direktor äußerst heftig, „wenn es sich um einen einfachen Rechtsstreit handelte, würde ich mir wahrhaftig nicht den Kopf zerbrechen, ich will aber unter der Hand versuchen, eine ordentliche Summe herauszuschlagen, die uns in den Stand setzt, unabhängig zu leben.“

„Davon verstehe ich nichts“, sagte die Frau, „in dieser Beziehung müßt Du schon thun und lassen, was Dir am besten scheint.“

„Das ist ja eben der Jammer“, erwiderte der Direktor in ziemlich verzweifelter Stimmung, „daß ich Niemanden habe, mit dem ich mich über ein Geschäft in richtiger Weise unterhalten könnte.“

Er sprang auf und begann unruhig im Zimmer auf

Feuilleton.

Dunkle Gestalten.

Erzählung aus dem sozialen Leben der Gegenwart von Karl Zielle. [18

„Beruhige Dich nur“, entgegnete die Frau, ohne durch diese Worte irgendwie aus der Fassung zu kommen, „wenn ich mich nicht betrinken will, betrinke ich mich nicht. Außerdem weißt Du doch, daß ich trotz alledem schweigen kann.“

Sie sah den Direktor mit einem pfiffig-boshaften Blick von der Seite an, spielte mit den schmutzigen Karten, die unvermeidlicher Weise vor ihr auf dem Tisch lagen, und pfiff leise vor sich hin.

„Soll ich Dir vielleicht die Karten legen?“ meinte sie dann.

Er achtete nicht auf die boshafte Bemerkung, sondern legte sich zu ihr an den Tisch.

„Höre einmal zu“, sagte er, „es ist für uns ein gutes Geschäft zu machen. Du erinnerst Dich doch, wie wir zu dem Jungen, dem Louis, kamen.“

„Natürlich, er war Dir auf irgend eine Weise in die Hände gefallen, Du hast es zwar damals nicht der Mühe für werth gehalten, mich in Deine geheimen Verbindungen einzuwidmen.“

„Es war auch nicht nöthig. Der Junge hat einen sehr reichen Vater.“

„Bis jetzt haben wir, wenigstens ich, verkehrt wenig davon gemerkt.“

„Das laß nur meine Sorge sein. Du wirst Dir wohl denken können, daß ich so ohne Weiteres mich um den Dösel schwerlich gekümmert haben würde, er hat mir schon ohne mein Wissen manche schöne Summe eingebracht, ohne mich ich schwerlich jemals im Stande gewesen wäre, mich bei den schlechten Geschäftszeiten über Wasser zu halten.“

„Nun, und weiter?“

deutsches Versicherungswesen" den Urtheilen des Reichsgerichts, welche den Versicherungsgesellschaften nicht günstig sind, mißbilligende, oft wenig sachliche, und noch weniger juristische sogenannte Kritiken angehängt sind. Dies vorausgeschickt, theilen wir folgenden Fall mit: In einem Fragebogen war die Rubrik der Antworten nur vom Versicherer bei einzelnen Fragen mit einem Strich ausgefüllt. Es kam darauf an, welche Bedeutung dem beizulegen sei. Das Reichsgericht (U. des III. C. S. vom 23. X. 1885) hat sich darüber, wie folgt, ausgesprochen: „Es ist zuzugeden, daß eine Nichtbeantwortung einer Frage nicht die als Folge einer wissentlichen falschen Beantwortung eintretende Verminderung des Versicherungsanspruchs nach sich ziehen kann. Es ist auch ferner anzuerkennen, daß, wenn neben einer Frage im Versicherungsantrage als oder anstatt der ausdrücklichen Beantwortung ein Strich gezogen ist, derselbe eine verschiedene Bedeutung haben kann. Er kann möglicher Weise eine Verneinung bedeuten sollen; es ist aber auch möglich, daß damit zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß der Antragsteller die Frage nicht beantworten wolle oder könne, oder aber, daß er deren Beantwortung für überflüssig erachte, weil z. B. der Antragsteller glaubt, daß die Frage auf ihn keine Anwendung finde, oder weil er der Ansicht ist, daß sie durch die Beantwortung einer früheren Frage erledigt sei, oder weil der Versicherungsagent die Beantwortung der Frage für überflüssig erklärt habe. Bei dieser Mehrdeutigkeit eines als Antwort einer Frage im Versicherungsantrage gezogenen Striches ist es Sache des Gerichts festzustellen, welche Bedeutung demselben im einzelnen Falle zukommt. Würde dabei die Auslegung ein unzweifelhaftes Resultat nicht ergeben, so würde zu Ungunsten der Versicherungs-Gesellschaft zu entscheiden sein, da ihr der Beweis obliegt, daß die Frage wahrheitswidrig beantwortet sei.“ — Wir machen hierzu folgende Schlussbemerkung. Wenn der Versicherungsantrag von Treu und Glauben beherrscht wird, so ist es Sache der Versicherungsgesellschaft, mit ihren Bedenken vor Abschluß des Vertrages hervorzutreten zu einer Zeit, wo der Versicherungsnehmende noch aufklären kann. Nach eingetretenerem Versicherungsfall aus den Zweifeln einen Einwand zu entnehmen, freisetzt nach unserer Auffassung gegen Treu und Glauben.

Der ist der Erfinder? Eine für die gesamte Fabrikindustrie höchst bedeutungsvolle Frage, welche bisher die Beachtung nicht gefunden hat, welche sie mit Recht im höchsten Maße verdienen sollte, hat die deutsche Patentgesetzgebung offen gehalten und ist sowohl in der Rechtsprechung als in der wissenschaftlichen Auslegung bisher freitlich geblieben. Die „Rechtszeitung für Handel und Industrie“ wagt in ihren Spalten die Frage auf: „Wer das Recht auf eine Erfindung in Anspruch nehmen könne, wenn dieselbe von einem Angestellten oder Arbeiter in einem einer Korporation, Gesellschaft oder auch einem Einzelnen gehörigen Industrie-Etablissement gemacht wird?“ mit anderen Worten: „Ist der Erfinder selbst oder der Prinzipal der Erfindungsberechtigter in solchem Falle?“ Bevor man nun auf die Erörterung der verschiedenen Voraussetzungen für die Lösung der Frage eingehen kann, erscheint es erforderlich, folgende Momente nicht außer Acht zu lassen: Im § 3 Abs. 1 des Patentgesetzes vom 25. Mai 1877, welcher den Anspruch auf Ertheilung des Patentes durch die Anmeldung begründet, ist zunächst ausgesprochen: „Auf die Ertheilung des Patentes hat derjenige Anspruch, welcher die Erfindung zuerst nach Maßgabe des Gesetzes angemeldet hat.“ Wer „derjenige“ nun sein soll, ist nicht gesagt; es können also darunter verstanden werden sowohl einzelne Personen, Gesellschaften, Korporationen, juristische Personen etc. Gesellschaften etc. können nun zwar Anmelder, aber niemals Erfinder sein, sondern die Erfindung wird stets von den Beamten, Gehilfen, Bediensteten der Gesellschaften etc. ausgehen. Dies vorausgeschickt sind nun unseres Erachtens 3 Fälle denkbar: Entweder ist in dem Dienstvertrage des Erfinders ausdrücklich von den zu machenden Erfindungen (Verbesserungen) die Rede oder dies ist nicht der Fall, oder aber es ist nicht möglich, die einzelne physische Person des Erfinders überhaupt ausfindig zu machen. Der erste Fall liegt ziemlich einfach. Wenn die Beamten oder Arbeiter einer Fabrik ausdrücklich mit der Verpflichtung angehalten sind, etwaige technische Fortschritte, neue Methoden für die Fabrik herbeizuführen, dann besteht kein Zweifel darüber, daß der thatsächliche Erfinder kein Urheberrecht an der Erfindung erwerben, dieselbe auch nicht anmelden kann. Die Berechtigung zur Anmeldung steht vielmehr dem Etablissement zu. Dies ist auch dann der Fall, wenn der Anstellungsvertrag die Klausel enthält: „Etwasige Erfindungen der Beamten etc. kann das Etablissement für sich patentiren lassen.“ In diesem Sinne hat sich auch das kaiserl. Patentamt in einer Entscheidung vom 2. Januar 1879 ausgesprochen. Zu bemerken ist noch, daß zwar nicht schon im Anstellungsvertrage, wohl aber in einem späteren, ausdrücklich auf die Erfindung bezugnehmenden Vertrage dem Etablissement das Recht der Anmeldung seitens des Angestellten, welcher die Erfindung gemacht hat oder erst noch machen wird, ausdrücklich eingeräumt sein kann. Sind dagegen in dem Dienstvertrage derartige Bestimmungen nicht

enthalten, so muß, da das Patentgesetz in dieser Beziehung keine Einschränkung kennt, angenommen werden, daß der Anstellungsvertrag allein nicht den Bediensteten verpflichtet, seine Erfindung dem Etablissement zu überlassen und dem Prinzipal stillschweigend nicht das Recht auf die Erfindung giebt. Der Uebergang auf den letzteren ist keineswegs selbstverständlich und ohne ausdrückliche Bestimmung des Gesetzes nicht als Folge des Anstellungsverhältnisses anzusehen. Es ist nicht abzusehen, warum das Patentgesetz nicht eine ähnliche Bestimmung aufgenommen hat, wie § 2 des Reichsgesetzes, das Urheberrecht an Mustern und Modellen betr. vom 11. Januar 1876, welches vorordnet: „Bei solchen Mustern und Modellen, welche von den in einer inländischen gewerblichen Anstalt beschäftigten Reichern, Malern, Bildhauern etc. im Auftrage oder für Rechnung des Eigentümers der gewerblichen Anstalt angefertigt werden, gilt letztere, wenn durch Vertrag nichts Anderes bestimmt ist, als Urheber der Muster und Modelle.“ Was endlich den dritten Fall betrifft, wenn es unmöglich ist, das erfindende Individuum zu ermitteln, so kann dieser eintreten, wenn in einem einer Gesellschaft oder Körperschaft gehörenden Etablissement eine Erfindung allmählig und durch Zusammenwirken verschiedener Angestellter oder Beamter des Etablissements gemacht wird, oder aber, wenn sich die Erfindung ebenfalls allmählig aus den Ueberlieferungen der Fabrik, aus der Betriebseigenthümlichkeit eines Etablissements selbst entwickelt hat und die einzelnen in demselben Beschäftigten ihrerseits durch verschiedene unbedeutende Beiträge zur herkömmlichen Betriebsart schließlich in ihrer Gesamtheit die Erfindung zu Tage förderten, ohne daß in der Erfindungs-idee noch die Möglichkeit der Unterscheidung von „Mein“ und „Dein“ gegeben wäre; in diesen Fällen wird wohl ohne Zweifel die Erfindung als eine Erfindung der Gesellschaft etc. angesehen und behandelt werden müssen und kann demnach auch von ihnen zur Patentirung angemeldet werden. Das hier bez. der industriellen Unternehmungen von Privaten, Handelsgesellschaften, Gewerkschaften etc. Gesagte gilt im Allgemeinen auch von städtischen Etablissements und kommt dabei vornehmlich der Inhalt der Dienstinstruktionen und der Umfang des Berufskreises der Beamten in Betracht. Wir haben hier vornehmlich das Interesse der Arbeiter im Auge, und zwar um so mehr, als in deren Dienstverträgen bisher äußerst selten die Aussicht auf Erfindungen in Berücksichtigung gezogen zu werden pflegt, sie also unwillkürlich leicht geschädigt werden können. Soll die erfreuliche Folge des Patentgesetzes, die es dem Arbeiter, sogar dem in untergeordneter Thätigkeit, ermöglicht, durch eine originelle und praktische Idee zu Vermögen zu gelangen, verwirklicht werden, so muß er, um Vorbereitungen daraus zu erzielen, vor Allem Kenntniß von seinen Rechten des Etablissements gegenüber haben. Wir bemerken noch, daß man in England seit einiger Zeit begonnen hat, Belohnungen für Erfindungen und Verbesserungen auszugeben, welche Arbeiter an den Werkzeugen, Maschinen etc. machen und zwar auch dann, wenn die Verbesserungen nicht patentfähig sind. Dies scheint uns eine äußerst zweckmäßige und nachahmenswerthe Methode.

Die Anzeigen gegen sog. Privatjuristen vulgo Staatsanwälte häufen sich seit einiger Zeit bei der königl. Staatsanwaltschaft in bemerkenswerther Weise. Gegen drei solcher Volksanwälte schwebt zur Zeit eine Untersuchung wegen allerlei doloser Vernechtungen ihrer Auftraggeber. Es ist auffallend, wie rasch die Zahl dieser Pseudo-Anwälte in letzter Zeit hier angeschwollen ist. Nach einem städtischen Ausweise sind 1885 genau 43 Neulinge hinzugekommen, die sich zum größeren Theile trotz aller Warnungen der Besse eines starken Zulaufes erfreuen. Für kurze Konsultationen und Schriftsätze nehmen sie zwar nur 1 M. Honorar. In Prozeßsachen aber verstehen sie es meisterhaft, ihren Klienten die Honorare pilleweise aus der Tasche zu locken, indem sie eine Auslage nach der anderen in Anrechnung bringen, ohne die Prozeße vor Gericht in gesetzmäßiger Weise vertreten zu können. Um das Publikum leichter zu tödnen, nennen sie sich Privatjuristen, Volksanwälte etc. Es giebt mehrere unter ihnen, die Jahr aus Jahr ein Neulandserate veröffentlichen, die angeblich von einer dritten Person ausgehen, das Publikum „im öffentlichen Interesse“ auf die ungeheuren juristischen Erfolge der betreffenden Privatjuristen aufmerksam machen und konstatiren, daß letzterer einen Prozeß gewonnen habe, welcher bereits von bedeutenden Rechtsanwältinnen in zwei Instanzen verloren worden wäre. Dem Publikum erwachen natürlich durch solche Rechtsbureaus nach und nach viel bedeutendere Kosten, als bei einem Rechtsanwalte, ohne daß ihm eine Garantie für gehörige Vertretung bei Gericht geboten wird.

Polizei-Bericht. Am 28. d. M., Nachmittags, der Arbeiter Meier auf dem Hofe des Grundstücks Admiralstraße Nr. 18 mit dem Brennen von Resting mittelst einer aus Scheidemasser und Dleum bestehenden Beize beschäftigt war, wurde er plötzlich von Krämpfen befallen, so daß er zu Boden fiel und dabei das Gesicht mit der Beize untf. Meier hatte durch den Fall einen Schädelbruch und auch durch die umspritzende Flüssigkeit Verletzungen erlitten und mußte nach seiner Wohnung gebracht werden, wo er an demselben Abend

verstarb. — Am 28. d. M., Abends, versuchte ein Mann in der Alsterstraße sich mittelst Schwefelsäure zu vergiften. Er erlitt schwere innere Verletzungen und mußte nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden. — Am demselben Tage Abends wurde ein Mann vor dem Hause Münchenerstraße Nr. 34 vom Blutsurz befallen. Er wurde zunächst nach der Wache des 45. Polizeireviere und von dort nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht.

Gerichts-Zeitung.

P. Jene blutige hart an Mordthat streifende Gewaltthat, die in der Nähe des Gutes Karolinenhöhe bei Spandau im November v. J. sich ereignete, beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht II. Angeklagt sind: der Gärtner Friedrich Gottlieb Richter, zu Reichshagen, Kreis Insterburg, 1862 geboren, und 2. der Rutscher Mathias Jacobus, 34 Jahre alt und aus der Provinz Posen gebürtig; beide bisher unbescholten. Als Vertbeidiger fungirte Herr Rechtsanwalt Dr. Bahn. Die Anklage lautet auf Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange und stützt sich auf folgendes, vor dem Untersuchungsrichter bereits abgelegtes Geständnis: In dem Wirthshaus „Zur deutschen Eiche“, dem Gastwirth Eckert zu Karolinenhöhe gehörig — hatten sich am Abend des 16. November v. J. die beiden Angeklagten mit anderen auf dem Gute Karolinenhöhe beschäftigten Leuten beim Abend-Schoppen zusammen gefunden. Ein kurze Zeit zuvor auf dem Gute stattgehabter Silberdiebstahl ward gerade von den Anwesenden zum Thema des Gesprächs gemacht, als ein unbekannter Mann im Alter von etwa 40 Jahren in die Gaststube eintrat. Jacobus, dem von seinem Herrn, dem Gutsherrn Becker auf Karolinenhöhe, mit dem Hinweis auf den Silberdiebstahl strengste Wachsamkeit anempfohlen worden war, mußerte denselben mit misstrauischen Blicken und äußerte darauf zu den ihm Nahstehenden gewendet: „Na, was ist denn das für ein Stroch!“ — Nach kurzem Aufenthalt hatte sich bald darauf der unbekannt Fremde wieder entfernt, angeblich um noch in der Nacht Potsdam zu erreichen; bevor aber der Mann die Gaststube verlassen, hatte Jacobus ihm drohend nachgerufen: „Schlaf aber ja nicht in der Strohmiete da draußen, sonst schlagen wir Dir alle Knochen entzwei!“ — Am anderen Morgen fand man den Fremden erschlagen auf dem Felde, ca. 100 Schritt von dem Gutshöfchen entfernt, in der Nähe einer Strohmiete. Das Gesicht der Leiche war völlig unkenntlich, von Blut überströmt und ebenso wie die übrigen Körpertheile fest und mit Blutwunden bedeckt. Blutlachen, ausgewähltes Erdreich und Fußspuren ringsumher liegen die Annahme zu, daß vorher ein entsetzlicher Kampf des Getödteten mit seinem Peiniger unter Beihilfe eines Hundes stattgefunden hatte. — Die zwei Tage darauf erfolgte Obduktion der Leiche ergab unzweifelhaft, daß der Tod des Unbekannten in Folge unzählbarer Verletzungen, welche insbesondere den Kopf getroffen, eingetreten ist. Nach dem übereinstimmenden Gutachten der Sachverständigen sind die aus Kontusionen und bedeutenden Hautwunden bestehenden Verletzungen zum Theil durch Beissen und Kratzen eines Hundes, anderntheils durch rohe und andauernd gleichmäßige Mißhandlungen, als Stockschläge, Fußtritte etc. herbeigeführt worden. — Nach dem von den Angeklagten abgelegten Geständnis haben Beide, Richter und Jacobus, am dem bezeichneten Abend gegen dreizehnelb Uhr das Wirthshaus „Zur deutschen Eiche“ angeblich in angetrunkenem Zustande verlassen, um nach dem Gehöft ihres Dienstherren zurückzulehren. Ein großer Hühnerhund begleitete sie auf dem Heimwege. Als sie bei der Strohmiete vorbeigingen, schnäffelte das sonst gutmüthige Thier und dies veranlaßte Jacobus, den Richter auszufordern, „doch einmal nachzusehen, ob Jemand in der Miete liege.“ Beide überließen nun sofort den in der Miete arglos schlummernden Fremden, zogen ihn unter Büßen, Stockschlägen und Fußtritten heraus; der Hund that dabei seine Schuldigkeit. Der Unbekannte versuchte endlich, um seinen unmenslichen Peinigern zu entgehen, den Pichelsdorfer-Seeburger Feldweg zu erreichen. Kaum merkten die Angeklagten diese Absicht, als sie mit dem Hunde hinter ihm her, ihn zum Stützstein zwangen. Dann warfen sie das bedauerenswerthe Opfer abermals zu Boden und mißhandelten ihn bis er tödtlich liegen blieb. — Das gräßlich erhellte Opfer dieser unmenslichen Rohheit ist einige Tage später auf dem städtischen Friedhof in Spandau beerdigt, ohne daß es gelungen, etwas Näheres über die Persönlichkeit des Verstorbenen zu ermitteln. Die Wäse des Jacobus, eine Rutzermütze mit Kolarde, war am Throat gefunden worden, und dieser Umstand, in Verbindung mit den vorausgegangenen Erdrögen des Jacobus, führte alsbald zur Entdeckung der That unmitteldar nach Auffindung der Leiche. Im Audienstermin wiederholten beide Angeklagte ihr früher abgegebenes Geständnis mit geringen Abweichungen; beide entschuldigen ihr Thun mit übermäßiger Trunkenheit. — Als corpus delicti befindet sich vor dem Richterliche der blutbedeckte Kopf des Richters, bei dessen Reinigung derselbe am Morgen nach der That von der Verhaftung betroffen. Als erster Zeuge wird der frühere Dienstherr der

schlage Ihre Hypnotomie!“ Koptjass gerieth außer Fassung. „Wie wagst Du es, mir, einem Kaufmann erster Klasse, solche Worte zu sagen? Weißt Du wohl, daß ich Dich pulverisire! Was?“ Die Uebrigen mischten sich in die Sache und suchten Koptjass zurückzubalten; aber es half nichts. „Schweigst Unselbige!“ rief er, ergriß einen Stoch und schlug dem Jüngling auf den Kopf und Rücken. Wie sich später herausstellte, ist der also Mißhandelte der ehemalige Student Michael Terjaploff. Derselbe machte den „Nowost“ zufolge, beim Friedensrichter gegen Koptjass eine Klage wegen Realinjurien anhängig und der Friedensrichter verurtheilte Koptjass zu einmonatlicher Arreststrafe.

Das verschwundene Testament. Ein eigenthümlicher Erbschaftsprozeß beschäftigte kürzlich den Londoner Erbschaftsgerichtshof. Der Fall ist kurz folgender: Im Jahre 1860 war der Erblaffer, ein Mr. Stephen Fletcher, Besitzer des Wirthshaus „The Queen's Arms“ in Liverpool. Er lebte von seiner Frau schon seit längerer Zeit getrennt und stand mit den übrigen Mitgliedern seiner Familie auf höchst gespanntem Fuß, hatte sich daher die Wittwe eines Schiffskapitans, Mrs. Edwards, als Haushälterin genommen, die mit ihrem Sohne Walter die Wirthschaft führte, wofür er ihr sein aus einigen Liegenheiten und etwa 1200 Pfd. Sterl. in baarem Gelde bestehendes Vermögen zu hinterlassen versprach, ihr auch den Scharn zeigte, in welchem er das Testament aufbewahrt hielt. Als er aber am 16. Januar 1869 starb, konnte trotz allen Suchens kein Testament gefunden werden, und da Mrs. Edwards somit ihr Recht auf die Nachlassenschaft Fletcher's nicht beweisen konnte, so trat dessen ältester Sohn, Evan Fletcher, die Erbschaft an, und als dieser im Jahre 1874 starb, ging das Erbe auf seinen Bruder Stephen über, der denn selbdem auch in ungehörtem Besitz desselben blieb. Mittlerweise hatte Mrs. Edwards Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, um das in so geheimnißvoller Weise verschwundene Testament wieder zu erlangen, hatte häufig in den Blättern Anzeigen erlassen und hohe Belohnungen für die Herbeischaffung des für sie so wichtigen Dokumentes ausgesetzt — Alles vergebens; das Testament war und blieb verschwunden, und schon hatte sie alle Hoffnung aufgegeben, als ihr plötzlich am 17. Oktober v. J. durch die Post das vermischte Testament in einem Kouvert zuging, das keine Zeile oder irgend eine anderweitige Andeutung enthielt, die den unbekanntem Absender hätte errathen lassen können. Das auf ebenso geheimnißvolle Weise wieder aufgetauchte als verschwundene Testament war gänzlich zu Gunsten von Mrs. Edwards

aufgestellt, die nun auch sofort die nöthigen Schritte ergriff, um ihr Recht zu wahren und so kam denn die Sache vor den Erbschaftsgerichtshof, der, da die Echtheit des Testaments durch die Zeugen, welche dasselbe seinerzeit mitunterschieden hatten, außer allem Zweifel festgestellt wurde, die Klägerin als alleinige rechtmäßige Erbin anerkannte, die somit nach 17 Jahren in ihren alten Tagen noch zu einem recht hübschen Vermögen kommt.

Höchste Fruchtbarkeit von — Haringen. Dem „N. W. Ztbl.“ wird ein höchst merkwürdiger Prospekt eingeliefert, in welchem die Redaktion des in Vemberg erscheinenden „Aeronaut“ zur Theilnahme an einer Aktien-Gesellschaft einladet, welche alle Bewohner des Erdballs umfassen und bloß den Rang von Haringen betreiben soll. Der polnisch und deutsch gedruckte Prospekt stellt nachfolgende gigantische vertheilte Berechnung auf: „Mittels eines durch lenkbare Tucher beweglichen Franzuges könnte man die mehrere Meilen große, periodisch im Meere durchziehende Haring, Sardellen, Sardinen und andere Fischgattungsmaße in durchschnittlichen Dimensionen von zwei Meilen Länge, einer halben Meile Breite und 200 Metern Tiefe abgrenzen und auf entsprechende Meeresfluten Derlichkeit zum weiteren Transporte einführen. Als Resultat eines dreimaligen Franzuges ergibt sich laut Berechnung 30 000 Millionen Kubikmeter Haringe — auf ein Kubikmeter 3000 Fische gerechnet. 1445 Millionen Aktionäre — die Einwohnerzahl der Erdkugel — als Maximum angenommen, kämen 100 000 Haringe auf den Einzelnen. Auf einen Kreuzer käme ein Werth von 1000 Gulden auf einen einzelnen Aktionär als jährliche Einnahme. Die Theilhabung zufolge der Auslagen für 100 000 Tauchermaschinen zu 1000 Gulden = 100 Millionen müßte aber auf 10 Kreuzer bemessen werden. In Anbetracht der Transportpreise stiege dieselbe sogar bis 20 Gulden Maximum — was im Vergleich zu den Einnahmen, die 1000 Gulden jährlich, nicht geringfügig wäre.“ — Also 1000 Gulden jährlich für 20 Gulden — besser können Kapitalisten ihr Geld nicht anlegen, und so nebenbei wird für jeden Aktionär auch noch hier und da ein „Darung im Salze“ in natura abfallen. Prachtige Leute, diese Aeronauten von Vemberg! Die ganze Menschheit zu einer Aktien-Gesellschaft zu vereinigen und von jedem Kaiser sogar eine Einzahlung zu erreichen — das wäre ein famoser Fischzug, auch ohne Haringe.

deutsches Versicherungswesen" den Urtheilen des Reichsgerichts, welche den Versicherungsgesellschaften nicht günstig sind, mißbilligende, oft wenig sachliche, und noch weniger juristische sogenannte Kritiken angehängt sind. Dies vorausgeschickt, theilen wir folgenden Fall mit: In einem Fragebogen war die Rubrik der Antworten nur vom Versicherer bei einzelnen Fragen mit einem Strich ausgefüllt. Es kam darauf an, welche Bedeutung dem beizulegen sei. Das Reichsgericht (U. des III. C. S. vom 23. X. 1885) hat sich darüber, wie folgt, ausgesprochen: „Es ist zuzugeden, daß eine Nichtbeantwortung einer Frage nicht die als Folge einer wissentlichen falschen Beantwortung eintretende Verminderung des Versicherungsanspruchs nach sich ziehen kann. Es ist auch ferner anzuerkennen, daß, wenn neben einer Frage im Versicherungsantrage als oder anstatt der ausdrücklichen Beantwortung ein Strich gezogen ist, derselbe eine verschiedene Bedeutung haben kann. Er kann möglicher Weise eine Verneinung bedeuten sollen; es ist aber auch möglich, daß damit zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß der Antragsteller die Frage nicht beantworten wolle oder könne, oder aber, daß er deren Beantwortung für überflüssig erachte, weil z. B. der Antragsteller glaubt, daß die Frage auf ihn keine Anwendung finde, oder weil er der Ansicht ist, daß sie durch die Beantwortung einer früheren Frage erledigt sei, oder weil der Versicherungsagent die Beantwortung der Frage für überflüssig erklärt habe. Bei dieser Mehrdeutigkeit eines als Antwort einer Frage im Versicherungsantrage gezogenen Striches ist es Sache des Gerichts festzustellen, welche Bedeutung demselben im einzelnen Falle zukommt. Würde dabei die Auslegung ein unzweifelhaftes Resultat nicht ergeben, so würde zu Ungunsten der Versicherungs-Gesellschaft zu entscheiden sein, da ihr der Beweis obliegt, daß die Frage wahrheitswidrig beantwortet sei.“ — Wir machen hierzu folgende Schlussbemerkung. Wenn der Versicherungsantrag von Treu und Glauben beherrscht wird, so ist es Sache der Versicherungsgesellschaft, mit ihren Bedenken vor Abschluß des Vertrages hervorzutreten zu einer Zeit, wo der Versicherungsnehmende noch aufklären kann. Nach eingetretenerem Versicherungsfall aus den Zweifeln einen Einwand zu entnehmen, freisetzt nach unserer Auffassung gegen Treu und Glauben.

Studenten sich zum Privatunterricht erboten und versandte eines Tages an etwa 20 Personen Aufforderungen, sich zu einer bestimmten Zeit behufs näherer Besprechung bei ihm einzufinden. Es erschienen 8 Personen, meist junge Studenten und das Gymnasium absolvirende Gymnasialisten und nur 2 oder 3 ältere Lehrer von Profession. Nachdem die Erschienenen einige Zeit im Empfangszimmer gewartet, trat Herr Koptjass ein, begrüßte sich mit ihnen, wie mit alten Freunden, indem er jedem die Hand schüttelte, hat sie darauf, an einem Tische Platz zu nehmen, setzte sich selbst auf den Divan und wandte sich in längerer Rede an die Anwesenden. Er sagte u. A.: „Sehen Sie, meine Herren! Sie alle hier sind gelehrte Leute; man kann sagen, Sie haben in der Wissenschaft die Feuerprobe bestanden. Ich möchte nur wissen, wo Sie mir rathen, meinen Sohn unterrichten zu lassen.“ Hierauf erlaubte sich ein junger Mann die Bemerkung, daß sei Sache der Eltern, Sache des Lehrers aber sei es, den Knaben zu unterrichten. „Nun, junger Mann!“ unterredete ihn der Hausherr, „mit Ihnen einigen wir uns nicht! Daher ist es auch ganz überflüssig, daß Sie hier sitzen. Ich liebe überhaupt nicht die Grünhändel; hier sind ja ältere Leute!“ Der junge Mann entfernte sich verblüfft und mit ihm zugleich mehrere andere junge Leute, so daß schließlich nur drei ältere Lehrer zurückblieben. „Vorwärts!“ — rief der Hausherr, „mit soliden Männern um angenehmer reden zu können, wollen wir doch erst ein Schnapschen werfen!“ Sofort wurde Schnaps nebst Ausbich gebracht; der einen Flasche folgte die andere und von der Sache war nicht weiter die Rede. Plötzlich meldet das Dienstmädchen, es sei noch einer der aufgesorderten Herren erschienen. „Ist er jung oder alt?“ fragt Koptjass. „Jung.“ — „Wirst du kommen anstellen?“ „Derein tritt ein ärmlich gellebeter, magere Jüngling, verbeugt sich tief und bleibt in der Nähe der Thür stehen. „Trinkst Du Schnaps?“ wendet Koptjass sich an ihn. Der Jüngling erstarrt. „Sie wünschen einen Becher?“ fragte er kurz, ohne die Aufforderung Koptjass's zu beachten. „Ich frage Dich: trinkst Du Schnaps?“ wiederholt Koptjass. Der Jüngling wandte sich um und wollte sich entfernen. Koptjass aber rief dem Dienstmädchen zu: „Nicht forlassen! Es soll er einen Schnaps trinken!“ „Hören Sie arm, sehr arm; ich habe vielleicht zwei Tage nichts gegessen; wenn Sie sich aber erlauben, grad gegen mich zu sein oder mich zu beleidigen, dann sei Gott Ihnen gnädig; ich ser-

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 25.

Sonnabend, den 30. Januar 1886.

III. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung vom 29. Januar, 2 Uhr.

Am Bundesratssitzung: von Schelling, von Burchard.

Auf der Tagesordnung steht Fortsetzung der ersten Beratung des von dem Abg. Junggreen eingebrachten Gesetzentwurfes, betreffend die Gleichberechtigung der dänischen und der deutschen Sprache als Geschäftssprache in den Distrikten des Herzogthums Schleswig, in denen die Kirchensprache die dänische oder gemischt ist.

Abg. von Dellendorff protestirt gegen die Vorwürfe, die Abg. von Graeve gestern gegen die preussische Regierung erhoben.

Abg. von Graeve (Bole) erklart, dass sein Tadel lediglich der preussischen Regierung gegolten habe. Der Deutsche Reichstag habe sich in dieser Frage gezeigt, wie er sich zeigen sollte.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen, und nach einem kurzen Schlusswort des Abg. Junggreen die kommissarische Beratung des Antrages abgelehnt; derselbe wird also demnachst im Plenum zur zweiten Lesung gelangen.

Abg. v. Dellendorff (zur Geschäftsordnung) findet, dass für das Vorgehen des Abg. Richter in der gestrigen Sitzung sachliche Gründe nicht vorliegen. Die Anwesenheit der Mitglieder des Reichstages, welche zugleich dem Abgeordnetenhaus angehören, war bei den gestrigen Verhandlungen nicht erforderlich. Es ist zu erwarten, dass sich Herr Richter in einer geeigneten Art und Weise verhalten wird, aber er darf nicht vergessen, dass hier eine große Anzahl von Männern sitzt, denen die Berufssache jeden Tag losbar machen. Nicht alle sind hier, wie er, als Hausparlamentarier in der Lage, das Angenehme mit dem Unangenehmen zu verbinden.

Abg. Baumbach (zur Geschäftsordnung) konstatiert, dass dieser Angriff auf den Abg. Richter erfolgt, während derselbe abwesend ist. Derselbe wird nicht verfehlen, seiner Zeit die richtige Antwort zu ertheilen.

Abg. Bamberger (zur Geschäftsordnung): Die Geschäftsordnung steht dem Abg. Richter zur Seite. Ob er dieselbe mit Recht für sich in Anspruch genommen hat oder nicht, dafür trägt er allein die Verantwortung. Was die praktische Seite der Sache betrifft, so ist es von gar keinem Einfluss, dass ein paar Stunden für Beratungen ausgefallen sind. Unser Arbeitsstoff ist bald erschöpft, so dass wir vielleicht so wie so schon in der nächsten Woche eine Pause in den Beratungen werden einleiten lassen müssen.

Abg. Graf Vehr (zur Geschäftsordnung) kann gleichfalls nicht finden, dass das Vorgehen des Abg. Richter ein berechtigtes war, zumal die Begründung, welche er für dasselbe vorgebracht, sich als unnahe erweist. (Unruhe links. Rufe: Unwohl!)

Das Haus bewilligt sodann eine Reihe von Positionen aus dem Etat der Reichs-Justizverwaltung, der Reichsschuld, des Bankweins, des Reichsschatzamt.

Bei Etat der Verwaltung des Reichsheeres wird mit zur Beratung der Antrag der Abg. Harm und Genossen wegen Einstellung von 2150 000 M. in den Etat zur Unterstützung für die Familien der zur Uebung einberufenen Reservisten und Landwehrleute.

Die Kommission beantragt, unter Ablehnung des Antrages folgende Resolution anzunehmen: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Unterstützung der Familien der zur Uebung einberufenen Reservisten und Landwehrleute bezweckt.“

Abg. Hasenclever beantragt, an Stelle des Wortes „baldmöglichst“ zu setzen: „spätestens in der nächsten Session.“ In der folgenden Diskussion sprechen sich die Redner aller Parteien für den Kommissionsvorschlag aus.

Der Antrag Harm wird hierauf zurückgezogen. Ueber die Resolution, sowie über den zu derselben gestellten Kommissionsantrag wird in dritter Lesung abgestimmt werden. Im Plenum wird der Etat der Verwaltung des Reichsheeres beschlossen.

Am Etat des Auswärtigen Amtes war von den einzelnen Ausgaben der Titel 2, welcher die Forderung von 300 000 M. enthält, zur Remuneration der Beamten und zur Ausföhrung von Bauten in den Schutzgebieten von Kamerun, Logo und Angra Bequena, an die Kommission verwiesen worden.

Dieselbe schlägt vor, den Titel in folgender Fassung zu bewilligen:

Zur Einleitung derjenigen Maßnahmen, welche zur Durchführung der dem Reiche in den Schutzgebieten von Kamerun, Logo und Angra Bequena zufallenden Aufgaben notwendig sind:

a) für Remuneration von Beamten und zu Verwaltungsausgaben 154 000 M.

b) für Herstellung und Einrichtung von Dienstgebäuden, sowie für Erwerbung der hierzu erforderlichen Grundstücke 146 000 M.

Der Antrag der Kommission wird nach unerbittlicher Debatte angenommen.

Nachdem sodann noch das Etats- und das Anleihenbudget vorbehaltlich der definitiven Feststellung der Kommission nach dem Vorschlag der Kommission genehmigt worden, wird die zweite Lesung des Etats beendet.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung morgen 12 Uhr abzuhalten. Dieser Vorschlag wird von den Abgg. Kiermann, Graf v. Vehr und v. Dellendorff unterstützt, während die Abgg. Baumbach, Singer und Meyer (Zena) bitten, morgen keine Sitzung abzuhalten.

Bei der Abstimmung tritt die Majorität (Zentrum und Konservativ) für den Vorschlag des Präsidenten ein. Schluss 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Anträge Kiermann und Graf Vehr.)

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom 29. Januar, 11 Uhr.

Am Ministerische Fürst von Bismarck, v. Buttler, v. Boetticher, v. Gohler, v. Bronsart, von Scholz, Lucius. Die Tribünen sind überfüllt.

Vor der Tagesordnung konstatirt der Abg. Wolff, dass er bei der Abstimmung über den Antrag Uhlendorff, betr. die Abänderung des Wahlgesetzes, nicht mit Nein gestimmt, sondern als entschuldigend bei der Abstimmung gefehlt hat. Wäre er im Hause gewesen, so hätte er mit Nein gestimmt. Ueber den Antrag Stern hat er sich f. B. der Abstimmung enthalten, weil er nicht über jede Detailfrage seine Stimme abzugeben für nöthig gehalten; er hätte aber gegen den Antrag Uhlendorff, der nur agitatorischen Zwecken dienen sollte, gestimmt. Die Verhandlung über den Antrag Uhlendorff in Verbindung mit den Anträgen des Zentrums und der polnischen Fraktion wird fortgesetzt.

Abg. Stabrowski: Als ich gestern die Rede des Reichskanzlers und das Buzajuchen zu derselben hörte, fragte ich mich, ob wir an einem neuen geschichtlichen Wendepunkte angekommen sind, in welchem die nächste Nachpolitik über die Grundsätze der Humanität, des Christenthums, der Freiheit, ja selbst über das monarchische Prinzip herrschen soll für eine kurze verhängnisvolle Zeit. Erbarmungsloser Ausrottungskrieg ist die neue Parole. Ohne die Worte des Reichskanzlers konnte man den Antrag so nicht verstehen, nicht aus ihm herauslesen, dass es sich darum handelt, 1 1/2 Millionen Unterthanen ohne Waffen in friedlicher Zeit, in einer Gegend, wo die Hälfte des Grundbesitzes in deutschen Händen ist, in Bestreben zu drei Viertel, zurückzudrängen. Sollte eine solche Verdrängerung der Deutschen verdrängen können? Die Gründe des Reichskanzlers wären am Platze, wenn eine polnische Revolution vor der Thür stände, sie hätten keinerlei tatsächliche Verbindung mit der gegenwärtigen Situation. Aber diese Revolutionsphantasmen sollen die Aufmerksamkeit vom Kern der Frage ablenken, ob die Ausweisungen notwendig, nützlich, nützlich und völlerrechtlich gerechtfertigt seien. (Sehr wahr! im Zentrum; lebhafter Widerspruch rechts.) Die Reminiscenzen aus verflungenen Zeiten sollten die Regierungen des Christenthums erlösen und den nationalen Fanatismus gegen uns ansprechen. Mit Spott und Hohn gewürzt waren gestern die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers über die Expropriation polnischer Güter. Solche Expropriationen gebieten bisher doch nur zum Programm der sozialdemokratischen Partei. Der als Hauptgrund für die neue Verfolgungsparole angegebene Fortschritt der Colonisation ist gar nicht erwiesen worden. Die statistischen Zahlen würden das Gegenteil beweisen haben. Nicht nur sind die evangelischen Bewohner seit 1816 der Zahl nach gewachsen, sondern auch die deutschen Katholiken, gegenüber denen polnischer Nationalität. Die polnischen Bewohner haben sich verdoppelt, die Deutschen aber verdreifacht. Das ist der ungeheure Fortschritt des Kolonialismus! Die Sache liegt aber anders, wir vermehren uns allerdings nicht, aber wir verschwinden nicht schnell genug. Das ist der Kern. Der Deutsche will immer weiter nach Osten, der Katholizismus soll im Osten verdrängt werden unter national chauvinistischer Fahne. (Sehr gut! im Zentrum.) Warum hat man denn in rein deutschen Städten Polen ausgewiesen? In Städten, wie Königsberg, Danzig und Breslau liegt doch keine Gefahr der Colonisation vor. Der Grund ist aber der, die Ausgewiesenen hätten wohl auf die Dauer der Germanisation nicht widerstanden, aber sie wären katholisch geblieben. (Beifall im Zentrum.) Man will die Polen um ihres Glaubens willen aus ihren angestammten Sigen vertreiben. Ist das Humanität, im 19. Jahrhundert ein Ghetto für die Polen einzurichten? Wenn es sich darum handelt, von Russland etwas für die Schiffahrt auf der Memel zu erreichen, dann beruft sich der Herr Reichskanzler auf die Wiener Verträge, für die Polen sind sie aber nicht vorhanden. Denkt man denn nicht an die Tragweite solcher Politik? Wissen Sie nicht, dass sie Wasser auf die panslawistischen Mühlen ist? Sie, die Sie diese Ausrottungspolitik unterstützen, werden für all' Das verantwortlich gemacht werden, was Fanatismus den Deutschen im Auslande einathmen wird. (Sehr gut! im Zentrum; Widerspruch und Lachen rechts.) Kinder und Säuglinge, alte kriegsjährige Männer und Weiber sind erbarmungslos über die Grenze gestossen, ohne Rücksicht auf ihr Alter, ihre Gesundheit und ihre Arbeit vernichtet worden. Der Herr Reichskanzler verfolgt uns mit einem Hass, dessen Größe wir nur an der Größe unseres Unglücks messen können, und nur, weil wir unseren Glauben und unsere Nationalität nicht preisgeben wollen, nicht, weil wir Ungeheures begehen. (Sehr gut! im Zentrum.) Wir haben uns fern zu halten gewusst von jeder revolutionären Bestrebung, vergeblich hoffte man, wir würden in mörderischen Aufständen uns verblühen. (Lachen rechts.) Die Staaten stehen unter der Hand Gottes, das soll man nicht vergessen. Wenn solche Handlungen christlich sind, dann waren Nero und Robespierre heilige und ihre blutigen Orgien heilige Handlungen. Wie hat dagegen das heilige Wesen unseres Kronprinzen bei seiner Anwesenheit in Polen die Dörfer gewonnen? Und was sagte er in Königsberg? Wir sollten uns fernhalten von chauvinistischen Ueberhebungen; das immer mehr ersickernde geinnte Vaterland habe die Gefahren fremden Wehens immer weniger zu fürchten. Das wollen wir beherzigen. Im Vertrauen auf Gott und unsere gerechte Sache halten wir auch an unserem Glauben und unserer Nationalität fest und geben die Hoffnung nicht auf, dass die Vorhebung vereint unsere Wünsche erfüllen wird. (Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

Minister von Buttler: Die Rede des Abgeordneten von Stabrowski nöthigt mich, zunächst zu konstatiren, dass es hier inmitten der preussischen Volksvertretung noch heute ausgesprochen worden ist: wir Polen verzichten allerdings nicht auf die Wiederherstellung des Königreichs Polen in den Grenzen von 1772. (Hört! hört! rechts.) Die Polen müßten ja in die Absichten Gottes des Herrn eingreifen, wenn sie diesen Verzicht aussprechen. Ich halte es für überaus möglich, die göttliche Weltregierung in einen Konnex zu bringen mit irdischen politischen Angelegenheiten. (Zustimmung rechts.) Das kommt schließlich auf den Ausdruck polnischer Väter hinaus, der liebe Gott verzeihe die nicht, die deutsch mit ihm sprachen. Gewiß leidet die göttliche Weltregierung die Geschichte der Völker, aber wenn ein Volk nicht ohne eigene Schuld die reichen Gaben, die ihm Gott vertheilt hat, nicht dazu gebraucht, um sich ein geordnetes Staatswesen zu schaffen, dann ist es auch durch die göttliche Weltregierung dazu bestimmt, einem anderen geordneten Staatswesen einverleibt zu werden. (Lebhafter Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Polen. Abg. Kantat ruf: Dreien, nicht einem!) Der Vordredner meinte, wenn wir hier so barbarisch und grausam in Bezug auf die russischen Unterthanen, die bei uns weilen, verfahren, haben wir da nicht eine Verantwortlichkeit für eine ähnliche Behandlung unserer Landsleute in Russland? Dabei hat er nur eins vergessen: in Russland gibt es keine deutsche Frage, aber in Preußen eine polnische, und die russische Regierung würde in ihrer freundschaftlichen Gesinnung schwankend werden, wenn sie aus nachdringlichen Gründen unsere Angehörigen, die für sie fruchtbare und unentbehrliche Elemente in ihren westlichen Gouvernements sind, irgendwie drangsalierte. Von einem systematischen Ausrottungskriege gegen ihre polnischen Staatsangehörigen ist die preussische Regierung weit entfernt. Die große Masse unserer polnischen Mitbürger denkt gar nicht daran, sich von uns zu trennen, sie sieht sich im Gegentheil sehr glücklich und zufrieden unter preussischem Scepter. Was wir wollen und für unsere heiligste Pflicht halten, ist, die Agitation zu bekämpfen, welche in provokatorischer Weise unsere polnischen Mitbürger verführen und uns entfremden will. Der Vordredner nannte unsere Behandlung der polnischen Mitbürger eine Verletzung

der Humanität. Mit der Humanität im politischen Leben hat es eine ganz eigenthümliche Bewandnis. (Zustimmung rechts.) Im nationalen und Staatsleben besteht die wahre Humanität darin, unter strengster Achtung der Rechte des Andern zu thun, was das eigene Wohl erfordert, und die sogenannte polnische Frage hat doch schon mehrmals einen ganz stringenten Beweis geliefert, dass die öffentliche Meinung das Humanität nannte, was sehr inhuman war, und dass das, was man in gewissen Kreisen inhuman nannte, sehr human war. Als Jüngling stand ich dabei und schämte mich gewaltig, als die Führer der polnischen Revolution, welche zu schwerem Gefangnis verurtheilt waren, in jenem „Völlerfrühling“ in Freiheit gesetzt wurden. Das nannte man human, und unsere gutmüthigen Berliner jubelten förmlich, dass der Völlerfrühling angebrochen sei, und dass wir mit den Polen das Jahrhundert in die Schranken fordern könnten. Bierzehn Tage darauf erschienen dieselben Revolutionsführer in der Provinz Polen und organisirten den Aufstand, der mit Strömen von Blut unterdrückt werden mußte. Diese als human bezeichnete Maßregel war im höchsten Grade inhuman und es wäre sehr human gewesen, jene Herren, die zum Theil zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt waren, unter Schloß und Riegel zu halten.

Und dann die vielberühmte Konvention, wie wurde sie damals in der öffentlichen Meinung und leider auch in diesem Hause aufgefaßt? Als grenzenloser Barbarismus, um ein in Todesnöthen ringendes Volk zu unterdrücken. Und als wir damals das Ueberbetreten der Insurrektionshaaren auf unser Gebiet verhinderten, nannte man das sehr inhuman. Es wäre inhuman gewesen, wenn wir nicht verhindert hätten, dass diese Insurrektion, die nur ein nutzloses und barbarisches gegenseitiges Niedermegeln und Blutvergießen war, sich auf unser Gebiet verpflanzt. Gerade so liegt die Sache bei dieser, wie ich anerkenne, viele Interessen berührenden Maßregel. Was nun das Argument des Abg. Windthorst betrifft, man hätte erst aus Mittheilungen eines auswärtigen Ministeriums Kenntniss über die ganze Tragweite dieser Maßregel erhalten, so liegt die Sache wirklich ungemein einfach. Die österreichische Regierung, welche bekanntlich in Verlegenheit gesetzt wurde durch Anträgen im Reichsrath über die gegen galizisch-polnische Unterthanen gerichtete Maßregel, hatte bereitwillig Weise den Wunsch, von uns zu erfahren, wie die Sache eigentlich zusammenhänge, und wir haben gar kein Bedenken getragen, ihr rückhaltlos die Nothwendigkeit mitzutheilen, aus welchen wir genöthigt waren, auch gegen die galizischen Angehörigen so zu verfahren, wie geschehen ist. Graf Taaffe hat nun im Reichsrath erklärt, es sei ihm von der preussischen Regierung mitgetheilt worden, dass die konfessionell-sprachlichen Verschiebungen, welche durch den relativ großen Andrang der polnischen Bevölkerung in den östlichen Provinzen der Monarchie entstanden seien, Verlegenheiten herbeigeführt haben und deshalb diese Maßregel getroffen sei. Daraus wurde gefolgert, dass diese Maßregel getroffen seien zur Vernichtung der katholischen Kirche im Osten. Nun hat sich der österreichische Minister auf einen kurzen Auszug aus der Depesche beschränkt, und es ist eine bekannte Thatsache, dass, wenn man nicht den ganzen Inhalt eines amtlichen Schriftstücks mittheilt, sehr leicht auf der einen oder anderen Seite eine falsche Auffassung entstehen kann. Hätte der österreichische Minister den ganzen Wortlaut mittheilen können, so wäre jede Besorgnis verschwunden, denn jene Mittheilung hat weiter nichts enthalten, als was ich heute erzählte, d. h. sie hat beweisen sollen, dass durch das Vordringen des polnischen Elements, namentlich in unseren Schulverhältnissen, wo selbstverständlich auch die konfessionellen Verhältnisse in Betracht kommen (Bewegung im Zentrum), derartige Schwierigkeiten entstanden sind. (Abg. Windthorst: Vorlesen!)

Das darf ich nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Staatsministeriums. Nun einige Beispiele zur Schilderung der Colonisation. Im Kreis Chodjesien — jetzt Kolmar — war eine Herrschaft bis vor kurzem in deutschem Besitz und wurde mit deutsch-katholischen Tagelöhnern bewirtschaftet. Diese Herrschaft ist nun in den Besitz eines Grafen Kwisledt und eines Herrn v. Botoldt übergegangen, welche sogleich sämmtlichen Beamten und Arbeitern den Dienst kündigten, dafür polnische Leute engagirten und so den ganzen District in kurzer Zeit polonisiert haben. Was Königsberg betrifft, so mußten wir auch hier vorbeugen, ehe die Propaganda dort festen Fuß gefaßt hätte. Der brave ober-schlesische Bevollmächtigte kann ich nur das Zeugnis geben, dass sie bisher allen staatsfeindlichen Einflüssen von sich fern gehalten hat; gleichwohl hat, wie die Aeußerungen der großpolnischen Presse täglich beweisen, die polnische Agitation vorwiegend die „ober-schlesischen Brüder“ ins Auge gefaßt. Was Thüringen betrifft, so ist ja die Bevölkerung von Ermland gut deutsch und katholisch zugleich, was sich manche Herren hier weilen mögen (Beifall rechts), aber in Suren, die Kreise Orlenburg und Reichenburg, sind bereits Objekte der polnischen Propaganda geworden. Herr Kantat nicht ja auch ganz vergnügt. (Heiterkeit.) Im Reichstag hat man alle Härte der Maßregel dem bösen Minister zur Last gesetzt und gesagt, die Provinzialbeamten hätten die Härte abzusuchen sich bemüht. Das ist eine horrende Verhöhnung. Die preussischen Beamten sind sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt, und erlauben sich nicht, auch nur um ein Titeln von dem abzuweichen, was ihnen übertragen ist. Das Bedenken der Kamidierung nehme ich, wie ich Ihnen schon sagte, durchaus für mich in Anspruch, so gut wie die politische Verantwortlichkeit. Nach Herrn Köller soll man ferner hart verfahren bei der Naturalisation ausländischer Israeliten. Wer die Verhältnisse des Ostens kennt, weiß, dass ein großer Theil jener Leute weder sozial, noch wirtschaftlich für uns ein Gewinn ist (lebhafter Zustimmung rechts), und es ist allerdings auf Beschluß des Staatsministeriums angeordnet, dass die Naturalisation aufs peinlichste vor sich gehe (sehr gut! rechts), damit wir nicht Elemente bekommen, die durch Ausbeutung der Unkunde und Geschäftsunerfahrenheit gewisser Bevölkerungsklassen viel mehr Schaden stiften, als sie nützen. Es kamen auch 4. B. einige ausländische Israeliten, die, wenn sie ihre Naturalisation nachsuchten, ihre heranwachsenden Söhne ausdrücklich von dem Gelde des Militärdienstes entziehen, alle Vortheile der deutschen Staatsangehörigkeit aber für sich einbehalten und nur um Gotteswillen dem Vaterlande keinen Dienst leisten. Ich habe aber den Oberpräsidenten von Ostpreußen ermächtigt, Alles, was für den legitimen Handel in Königsberg nützlich ist — natürlich auf Widerruf — von der Ausweisung auszunehmen, resp. lange Fristen zu gewähren. Das Staatsministerium erkennt ja an, dass es sich hier mehr um mechanische und oft recht drückende Maßregeln handelt, deren Nützlichkeit niemals in unserer Absicht hat liegen können. Wir haben vielmehr positive und organische Maßregeln zur Förderung der deutschen Kultur in den Ostprovinzen von vornherein ins Auge gefaßt, wie Sie schon aus der Allerhöchsten Thronrede ersieht haben. (Ministerpräsident Fürst Bismarck tritt in den Saal.) Wenn uns nun die preussische Volksvertretung in ihrer überwiegenden Mehrheit ein Vertrauensvotum darin ertheilen will, weshalb

gegen Art. 249 Nr. 1 hergestellt. Der hohe Gewinn und die Verzweigung desselben komme nur bei der Straf- abmessung in Frage. Für den zweiten Anklagepunkt bildet das Verschweigen des Gründergewinns u. im Prospekt die einzige Grundlage. Aus dem Prospekt mußte man heraus- lesen, daß Mohr 2 1/2 Mill. M. bekommen habe, während dieser Preis dem Sternberg bewilligt war. Daß Sternberg als die Seele des Unternehmens für diese falsche Angabe verantwort- lich ist, läßt sich zwar nicht stichhaltig beweisen, aber es müßte dies angenommen werden. Bei der Strafabmessung komme er- scheinend der hohe Gründergewinn in Betracht. Deshalb bitte er, von der zulässigen Geldstrafe abzusehen und den Angeklag- ten zu 3 Monaten Gefängnis zu verurtheilen. Von den Ver- theidigern erhielt zunächst das Wort Rechtsanwalt Dr. Sello, welcher in längerer Rede darzuthun suchte, daß die Fassung des Statuts und des Prospekts den tatsächlichen Verhältnissen entspreche und daß namentlich bezüglich der Einzahlung 5 200 000 zur Anwendung gekommen sei. Eventuell könne nur von einem zivilrechtlichen Irrthum über die Bedeutung dieses Paragraphen die Rede sein. Andererseits müßte der An- geklagte aber auch freigesprochen werden, weil er zur Zeit der Annahme des Statuts noch gar nicht Mitglied des Aufsichtsraths war und weil er für den Inhalt des Prospekts nicht haftbar sei. Dieser ging übrigens von der Vereinsbank, nicht von dem Angeklagten als Mitglied des Aufsichtsraths der Del- beimer Gesellschaft aus. Er beantrage daher die Freisprechung des Angeklagten. Rechtsanwalt Mündel wies zum Nachweise, daß die im Statut angeführten Thatsachen auf Wahrheit be- ruhen, darauf hin, daß die Aktien dem Mohr gehörten und daß Sternberg nur das Recht hatte, zu verlangen, daß Mohr ihm diese Aktien für 1 Million Mark liefere. Der an Mohr gezahlte Kaufpreis belief sich dabei, wie im Statut ganz richtig angegeben, 2 1/2 Millionen Mark. Eine Angabe, wie sie der Staatsanwalt für richtig hält, wäre eine wissenschaftlich falsche gewesen. Das Handelsregister konnte durch das Statut gar nicht getäuscht werden über die Einzahlung, weil aus demselben die Kompensation der Zahlung und der Forderung des Mohr un- zweideutig hervorgeht. Da das Gesetz ein rein formales ist, so müßte es auch ganz formell behandelt werden. Nach demselben werden nur die Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsraths bestraft, welche dem Handelsrichter falsche Angaben machen. Der Angeklagte hat aber überhaupt keine Angaben vor dem Richter gemacht, und der Prospekt ist nicht von ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsraths der Del- beimer Gesellschaft erlassen. Darnach müßte der Angeklagte so wie so freigesprochen werden. — Nach längerer Rede des An- geklagten, der seinen guten Glauben behauptet, zieht sich der Gerichtshof um 2 1/2 Uhr zur Beratung zu- rück und verhandelt um 4 Uhr folgendes Urtheil: Der Ange- klagte wird nach Maßgabe der Anklage für schuldig befunden und unter Ausschluß der mildernden Umstände auf 4 Wochen Gefängnis erkannt. Der Gerichtshof ist durchweg der Auffassung des Staatsanwalts beigetreten. Mildernde Umstände hat er trotz des Vorliegens mildernder Momente nicht bewilligen können, da die Handlungsweise in gewissem Sinne gefährlich wirken konnte. Dagegen fällt mildernd ins Gewicht, daß der Ange- klagte Niemand hat schädigen wollen.

Die Diätenklage gegen den sozialdemokratischen Abg. Kräcker kam gestern in zweiter Instanz zur Verhandlung. Der Fiskus hatte gegen das freisprechende Erkenntnis des Land- gerichtes zu Breslau Berufung einlegen lassen. Das Oberlan- desgericht beschloß die Beweisaufnahme darüber, ob der Inhalt der eingereichten Drucksachen mit den Beschlüssen des Gothaer Sozialisten-Kongresses übereinstimme, und ferner die Vorladung von Debel, Liebnecht, Rittinghausen, Frisliche, Singer, William, Spindler u. A., die darüber aussagen sollen, ob die Abgeord- neten die Verpflichtung eingegangen sind, für die Diäten im Sinne der Partei zu stimmen.

Vereine und Versammlungen.

An die arbeitende Bevölkerung des Westens Berlins. Geleitet von der Erkenntnis, daß nur durch gemeinsames Vor- gehen und festgegliederte Organisation der immer heftiger an- scheinenden Reaktion energischer Widerstand geleistet und die Lage des arbeitenden Volkes verbessert werden kann, fordern wir alle diejenigen, die von der Arbeit ihrer Hände leben, auf, sich dem Arbeiterbezirksverein des Westens anzuschließen, denselben moralisch und materiell zu unterstützen, die Bilanz feier und enger zu schließen, um bei der nächsten Reichstags- wahl die Hochburg der Berliner Reaktion, den 2. Reichstags- wahlkreis, zu erobern. Zwar habt Ihr, Arbeiter des Westens, den schwersten Kampf zu bestehen, da Ihr der vorgeschobenen Posten der Berliner Arbeiterbewegung seid, das Bollwerk, an dem die kulturfeindlichen Bestrebungen des Antisemitismus

der einst machtlos zerfallen werden. Aber gerade dieses Be- wußtsein hat zur Stärkung des Geistes und verstärkter Aus- dauer geführt. Arbeiter! Tretet dem Verein des Westens bei; neben geistlichen Zusammenkünften finden lehrreiche poli- tische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Vorträge statt. Eine gute Bibliothek steht unentgeltlich jedem Mitgliede zur Ver- fügung. Der Beitrag ist ein so geringer, daß ein Jeder in der Lage ist, denselben zu entrichten. — Auf denn, arbeitende Bevölkerung des Westens, laßt den Ruf nicht ungehört vor- übergehen, beklagt Euch nicht selber durch die große gesellschaft- liche Unwahrheit, die in den Worten liegt: „Es wird ja doch nicht besser!“ Gebt Antwort dem mahnenden Zeitgeist durch massenhaften Beitritt zum Verein. Der Vorstand des Vereins der arbeitenden Bevölkerung des Westens. J. V. W. Schweizer, Vorsitzender, Belle-Allianceplatz 8.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buch- binder (C. S.). Sonnabend, den 30. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, Hauptversammlung. Tagesordnung: Kassen- und Kontrol-Bericht pro 4 Quartale. Verschiedenes. Die Zentralleitung macht bekannt, daß sämt- liche Mitglieder, welche 6 Wochenbeiträge restieren, unanschät- lich gestrichen werden. (Siehe § 5 des Statuts.) Um den Mitgliedern das Entrichten der Beiträge möglichst bequem zu machen, sind folgende Zahlstellen errichtet worden: Louisen- ufer 11 bei Sperling (Oranienplatz); Naunynstraße 60 bei D. Schneider, Holzmarktstraße 44a bei Wesenack; Weinmeister- und Rosenthalerstrassenecke bei Schröder; jeden Montag Abend im Unterstüßungsverein, sowie bei P. Schneider, Blumen- straße 29, zu jeder Tageszeit.

Fachverein der Tischler. Die nächste Generalversamml- ung findet am Montag, den 8. Februar, in Jordans Salon, Neue Grünstr. 28, statt. Die Zahlstellen sind jeden Sonnabend Abend geöffnet und befinden sich: 1. Blumenstr. 56 (Tischler- herberge), 2. Skalitzerstr. 18 bei Stramm, 3. Belle-Allianceplatz 6 bei Hilscher, 4. Biondistr. 6 bei Hohn. Eine neue Zahl- stelle wird ferner am Sonnabend, den 6. Februar, Müller- straße 184 bei Häbring, eröffnet. Sonntag, den 31. Januar Abends, gefellige Zusammenkunft mit Damen, Blumenstr. 56.

Tischler-Verein. Sonnabend, den 30. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche General-Versammlung im Lokale „Sanssouci“, Rottbuserstr. 4a. Tagesordnung: Beschlußfassung über Annahme des neuen Statuts. Das Quittungsbuch legitimirt.

Verein zur Wahrung der Interessen der Klavier- arbeiter. Sonnabend, den 30. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Grätwells Bierhallen, Komman- dantenstr. 77/79 (untere Säle). Tagesordnung: 1. Vortrag des Herr: Gerisch über: „Die griechische Sage im Anschluß zu unserer heutigen Zeit.“ 2. Die Lohnabzüge einer hiesigen großen Fabrik. 3. Vereinsangelegenheiten und Fragelasten. Die gedruckte Jahresabrechnung wird in der Versammlung vertheilt.

Öffentliche Versammlung der Steindrucker und Lithographen am Sonntag, den 31. d. M., Vorm. 10 Uhr, im Palmensaal, Neue Schönhauserstr. 20. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Vortrag des Stadtverordneten Herrn R i t a n. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Außerordentliche Versammlung der Zimmerleute des Südens und dessen Umgegend am Sonntag, d. 31. d. M., Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bielefeld („Neuer Spreewald“), Damsenbaude Nr. 36 b. Tagesordnung: 1. Wie ver- halten sich die Zimmerleute des Südens und Umgegend zu den Beschlüssen der Allgemeinheit. 2. Gründung eines Lokal- Verbandes. 3. Verschiedenes.

In der freireligiösen Gemeinde, Rosenthaler Straße Nr. 38, spricht am nächsten Sonntag, Vormittags 10 Uhr, Herr Schäfer über: „Kant's Religionsphilosophie“. Zutritt steht Jedem frei. Am Dienstag Abend 8 Uhr findet Sophien- straße 15 eine beschließende Versammlung der Mitglieder statt.

Verein zur Pflege freireligiöser Lebens. Sonntag, den 31. Januar, Vormittags 10 Uhr, findet Niederwallstr. 20, im unteren Saale, eine Gedächtnisfeier für Prediger Th. Hoffrichter statt. Gedächtnisrede: Herr Vogtherr. Zutritt steht Jedermann frei.

Außerordentliche Versammlung der Bauhandwerker und im Baufach beschäftigten Arbeiter Berlins, als Tischler, Zimmerer, Maurer, Schlosser, Anschläger, Klempner, Maler, Glaser, Töpfer u. c. am Sonntag, den 31. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Saale des „Königsstadt-Kasinos“, Holzmarktstr. 72. Tagesordnung: 1. Vortrag über gewerbliche Organisation sämtlicher Bauhandwerker. Referent: Herr Max Kreuz. 2. Freie Diskussion. Alle im Baufach beschäftigten Arbeiter werden er- sucht, zahlreich zu erscheinen.

Verein der Laubendreuer „Süd-Ost“ im Restaurant Klemann, Kaufstr. 41, jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr.

Große öffentliche Versammlung der Fabrik- und Handarbeiter am Sonntag, den 31. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, in der „Urania“, Brangelstr. 9—10. Z. D.: 1. Wie verhalten sich die Fabrik- und Handarbeiter Berlins gegenüber einer Organisation. Referent: Reichstagsabgeordneter Herr Frohme. 2. Freie Diskussion.

Öffentliche Versammlung der Drechsler und Berufs- genossen Sonntag, den 31. Januar, Vormittags 10 Uhr, in Sanssouci, Rottbuserstr. 4a (oberer Saal). Tagesordnung: 1. Der Beschluß der Versammlung vom 13. Januar betr. unserer diesjährigen Lohnbewegung; 2. die Nothwendigkeit der Werkstätten-Delegationen; 3. Verschiedenes.

Verein der arbeitenden Bevölkerung des Süd- westen Berlins. Versammlung am Montag, den 1. Febr., Abends 8 1/2 Uhr, in den „Raiserhallen“, Alte Jakob- straße 120. Tagesordnung: 1. Politischer Vortrag. 2. Dis- kussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste sind willkommen.

Bezirksverein der arbeitenden Bevölkerung des Westens Berlins. Die Vereinsbibliothek befindet sich bei Herrn Schwarz, Blumenstr. 5. Die Ausgabe der Bücher erfolgt baselbst jeden Sonntag Vormittags von 10—12 Uhr.

Öffentliche Versammlung sämtlicher Metallarbeiter Berlins und Umgegend, als Schlosser, Maschinenbauer, Hobler, Stoßer, Gärtler, Klempner, Schleifer, Blecher, Form- schnittarbeiter, Buger, sowie sämtlicher Hilfsarbeiter, am Sonntag, den 31. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Keller's Salon, Andreasstr. 21. Tagesordnung: 1. Zwischensitzung der Gewerkschaft. Referent: Herr Michelsen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Fachverein der Schneider. Montag, den 1. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung in Grätwells Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79. Fachwissenschaftlicher Vortrag des Herrn Railwoy. (Näheres durch Inserat am Sonntag.)

Örtliche Versammlung sämtlicher in der Berliner Branche beschäftigten Arbeiter Sonntag, den 31. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Saeger, Grüner Weg Nr. 21. Tagesordnung: 1. Nothwendigkeit eines Lohntarifes. Referent: Herr Hildebrandt. 2. Wahl einer Lohntariffkommission. 3. Verschiedenes.

Gesangverein „Harmonia“. Jeden Sonnabend, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schumann, Alte Jakobstr. 38.

Fachverein sämtlicher im Drechslergewerbe be- schäftigten Gewerksgenossen. Montag, den 1. Februar, Abends 8 Uhr, in Krieger's Salon, Wasserthorstr. 68, Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Michelsen. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Fabrik- und Handarbeiter u. c. beiderlei Geschlechts (C. S.), Drechsler- örtliche Verwaltung „Berlin West“. Mitglieder-Versamml- ung, Sonntag, 31. Januar 1886, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Hohenzollern Garten, Steglitzerstr. 27. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Wahl eines Kassensarges. 5. Verschiedenes. Die neuen Statuten werden gegen Zurückgabe der alten verabsichtigt. Das Quittungsbuch legitimirt.

Briefkasten der Redaktion.

A. 100. Wann man schlechthin von Liberalismus spricht, so meint man den politischen Liberalismus, während Manchestertum den wirtschaftlichen Liberalismus bedeutet. — Sozialökonomie ist diejenige Wissenschaft, welche sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen befaßt. Daraus folgt, was man unter einem Sozialökonom versteht.

A. F. 1. Kündigung, sechs Wochen vor Ablauf des Quartals. 2. Nein.

Vorsitzender des Fachvereins der Töpfer. Senden Sie Ihre Adresse ein.

R. K. Dranienburger Thor. Darüber können Ihnen keine Auskunft geben. Fragen Sie bei Herrn Prediger Stöcker (Hindenburgstr.) an.

D. Schlegel, Schlingen. „Wimmeln“ ist beim Spiel der Kunstausdruck dafür, wenn die beiden Nichtspieler gegenseitig möglichst viel Augen hineinwerfen. — Anfangsworte aus Schillers Glocke, die Sie in Bezug auf das Staspiel nicht verstehen, wollen Sie namentlich beim „Loos“ beherzigen. Da heißt es immer: „Best gemauert u. s. w.“ Es „mauert“ beim Staspiel beinahe alle der mit guten Karten paßt, um einen andern hineinfallen zu lassen. Damit dürfte also wohl die nöthige Auffklärung gegeben sein.

Theater.

Sonnabend, den 30. Januar.

Opernhaus. Fidelio, Oper in 2 Abtheilungen nach dem Französischen von F. Treitschke.

Schauspielhaus. Tili, Lustspiel in 4 Akten von Francis Stahl.

Deutsches Theater. Der Bureaucrat.

Wallner-Theater. Wieder-Gründung Sonnabend, den 30. Januar 1886. Sammet und Seide, Lustspiel in 4 Akten von Oscar Blumenthal.

Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).

Belle-Alliance-Theater. Der Hypochonder, Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Rafaela, Operette in 3 Akten von Max Wolf.

Balthasar-Theater. Ranon, Operette in 3 Akten von F. Zell und Richard Gené.

Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.

Louisenstädtisches Theater. Benefiz für Drn. Georg Läder. Die Hochzeit des Figaro.

Victoria-Theater. Hum 5. Male: Däumling.

Lebend-Theater. Theodora, Schauspiel in 7 Bildern von Arthur Köhl.

American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Passage 1 Treppe. 9 u. Morg. bis 10 U. Ab.

Kaiser-Panorama. Eine Wanderung durch Florenz und Venedig. Eine malerische Rhein-Reise. Karolinen-Inseln u. c. Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Vereinsbillets.

Ele- gante Masken-Garderobe

C. Tietz, Dresdenerstraße 37. Geschmackvolle Kostüme von 1 bis 30 Mark. Vereine besondere Begünstigungen.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.

Benefiz für Theod. Betz.

Rum 1. Male:

Der Brandstifter.

Schauspiel mit Gesang in 6 Abtheilungen nach dem Französischen des d'Ardenne von G. Sebald. Vor der Vorstellung:

Hr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Sons haben Wochentags Gültigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Unserm Freund **George Ritter** zu seinem heutigen Wiegensfest ein dreifach donnerndes

Hoch!

571] Mehrere Freunde.

Öffentl. Versammlung der Drechsler und verw. Berufsgenossen

am Sonntag, den 31. Januar, Vorm. 10 Uhr, im Lokale „Sanssouci“, Rottbuserstr. 4a. Tagesordnung siehe im redaktionellen Theil dieser Zeitung und Säulenanschlag. — Ehrenpflicht eines jeden Gewerksgenossen ist es, zu erscheinen. — Sämtliche Branchen sind eingeladen.

Die Lohn-Kommission.

NB.: Die Fachvereins-Versammlung findet am Montag, den 1. Februar, in Krieger's Salon, Wasserthorstr. 68, statt.

Eine freundl. Stube als Schlafst. zu verm. Adalbertstr. 80, v. III. d. Schmalowky. 570

Freundl. Schlafst. sof. z. verm. Admiralstr. 38, Hof 2 Tr. b. Hentschel. 574

Eine möbl. Schlafst. zum 1. Febr. zu verm. b. Witt, Reichenbergerstr. 27, v. 4 Tr. r. 578

E. frdl. Schlafst. s. 1. p. v. Naunynstr. 90, v. II. r.

Staatlich concessionirte Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie.

Ziehung in Berlin am 24., 25., 26. Februar 1886.

5000 Gewinne im Gesamtwerthe von

62,900 Mark.

Erster Hauptgewinn: Salon, Speisezimmer, Schlafzimmer.

Zweiter Hauptgewinn: Wohnzimmer, Schlafzimmer.

Dritter Hauptgewinn: Rococo-Salon.

Vierter Hauptgewinn: Altdeutsche Trinkstube u. s. w.

Loose à 1 Mark sind zu beziehen durch den General-Debit von

R. Schumacher, Berlin C., Königsstr. 14a.

Wiederverkäufer erhalten beste Bedingungen.

Ausstellung der Gewinne Leipzigerstr. 107.

Jedes Loos berechtigt zum freien Eintritt.

Fachverein der Drechsler, Knopf- arbeiter und Berufsgenossen.

Am Dienstag, den 2. Februar

Mitglieder-Versammlung

in Säger's Salon, Grüner Weg Nr. 29.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Verschiedenes und Frage- lasten. — Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Auf die Annonce vom 26. d. M., den Maskenball betreffend, erkläre hiermit, daß das Vergnügen nur von einigen Mitgliedern des Kranken-Unter- stützungs-Bundes der Schneider (C. S.) arrangirt ist und nicht vom Vorstand, und hat derselbe als solcher gar nichts damit zu thun.

572 Gustav Spahn, Bevollmächtigter.

Große öffentl. Versammlung sämtl. Metallarbeiter Berlins und Umgegend,

als: Schlosser, Maschinendauer, Hobler, Gärtler, Klempner, Dreher, Schleifer, Formner, Schnittdarbeiter, Buger, sowie sämtlicher Hilfsarbeiter am Sonntag, den 31. Januar, Vorm. 10 einhalb Uhr, in Keller's Salon, Andreasstr. 21. Tagesordnung: 1. Zwischensitzung der Gewerkschaft. Referent Dr. Michelsen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Einberu- 567

Arbeitsmarkt

Ein geschickter Formmacher auf Arbeit findet lohnende Arbeit bei

575 F. Perkau, Brandenburgstr. 63